

Jobverlust, Obdachlosigkeit und Armut: Anschober warnt vor sozialer Krise als Folge von Corona

Wien (OTS) - Laut der aktuell veröffentlichten jährlichen Statistik der Einkommens- und Lebensbedingungen (EU-SILC: "European Community Statistics on Income and Living Conditions") waren 2019 16,9 Prozent bzw. 1.472.000 Menschen in Österreich armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Österreich lag damit deutlich unter dem EU-Durchschnitt aus dem Jahr 2018 von 21,8 Prozent. Aber: Durch die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise droht auch eine soziale Krise.

Sozialminister Rudolf Anschober: "Eine im internationalen Vergleich niedrigere Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdungsquote ändert nichts daran, dass rund 1,5 Mio. Menschen in Österreich in ihrer sozialen Teilhabe massiv eingeschränkt sind. Daher sind im Regierungsprogramm zahlreiche Maßnahmen verankert, die zielgerichtet Unterstützung gewährleisten und soziale Notsituationen abfedern. Mit einer Nationalen Strategie zur Armutsvermeidung soll vermieden werden, dass durch die sozialen Folgen der Coronakrise die Armutsbetroffenen noch mehr in die Armutsfalle abdriften. Teile der Bevölkerung waren schon vor Ausbruch der Pandemie in einer sehr schwierigen Lage, die sich durch die wirtschaftlichen Folgen der Krise teilweise stark verschärft. Mein Ziel ist es daher alles zu tun, damit aus der Gesundheitskrise keine soziale Krise wird. Die Erarbeitung der Hilfsfonds, der Beschluss erster sozialpolitischer Maßnahmen ist ein guter Beginn. Es braucht aber in Teilbereichen noch mehr an Stärkung des sozialen Netzes."

"Die Covid-19-Pandemie hat eine wirtschaftliche Krise ausgelöst, die besonders die Ärmsten und Schwächsten unserer Gesellschaft trifft. Für Alleinerziehende, Familien mit drei oder mehr Kindern, Menschen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft, Personen in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität sowie über 65-jährige verschärfen die Folgen der Pandemie das Risiko sozialer Instabilität und Armut", so Anschober.

Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung sind Kinder und Jugendliche mit rund 19 Prozent (303.000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahre) überproportional von Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung betroffen. Rund 55.000 Kinder und Jugendliche sind in Österreich erheblich

materiell depriviert. Laut UNICEF wird wegen der Coronavirus-Pandemie in Europa im Bereich der Kinderarmut mit einem Plus von bis zu 44 Prozent gerechnet.

"Deshalb lege ich einen Schwerpunkt bei der Nationalen Strategie zur Armutsvermeidung auf Kindergesundheit bzw. auf die Reduktion von Kinderarmut und habe dazu kürzlich eine Task-Force eingerichtet. Kinder sind die Zukunft unseres Landes", so Anschöber, der gleichzeitig exemplarisch auf erfolgreich bestehende Maßnahmen seines Ressorts wie das "Schulstartpaket" (jährlich zur Schulstufe passendes Paket mit Schulartikeln für SchülerInnen aus einkommensschwachen Haushalten), die Weiterentwicklung des Mutter-Kind-Passes und den flächendeckenden Ausbau der "Frühen Hilfen", ein Angebot für Schwangere und Familien in belastenden Lebenssituationen, hinweist.

(Schluss)

~

Rückfragehinweis:

Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz
Adrian Hinterreither, Bakk
Pressereferent
+43-1-71100-862480
pressesprecher@sozialministerium.at
www.sozialministerium.at

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/46/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0048 2020-05-28/09:54

280954 Mai 20

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200528_OTS0048